

VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

JESSICA KLASSEN

TINA MERCEP

26. Mai 2016

www.kas.de/bruessel

WESTLICHER BALKAN –

EINE EUROPÄISCHE ZUKUNFT

04. Mai 2016 | 14.00 – 17:30 Uhr | Europäisches Parlament

Bereits 25 Jahre sind vergangen seit den Balkankriegen vergangen, die zur Auflösung Jugoslawiens führten. Eindrücklich geblieben sind die Bilder der Flüchtlingstrecks, die vor gewaltsamen Konflikten in ihrer Heimat flohen. Nach Jahren blutiger Auseinandersetzungen und Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Montenegro rückten zuletzt neue Krisen und Konfliktherde in den Fokus der europäischen Außen- und Nachbarschaftspolitik. Dabei spielt der Westbalkan eine bedeutende strategische Rolle für die EU und eine zu geringe Aufmerksamkeit bürgt auch für sie hohe Risiken. Die massiven Auswirkungen der Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr riefen dies wieder in das internationale Bewusstsein.

Der Westbalkan, der nicht nur von seinen Bewohnern als natürlicher Teil der Europäischen Union und geografischer und kultureller Teil Europas wahrgenommen wird, strebt gen Europäischer Union. Denn nur eine klare europäische Perspektive kann Reformen im Hinblick auf demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten sowie einen effektiven Kampf gegen Korruption garantieren.

Die fünfte EVP-Westbalkan-Konferenz fand am 04. Mai 2016 in Kooperation mit dem Wilfried Martens Centre for European Studies und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel mit dem Thema: „Western Balkans: Towards European future“ statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom EVP-Präsidenten Joseph Daul, gefolgt von einer Rede des ehemaligen Präsidenten des Euro-

päischen Parlaments und Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Hans-Gert Pöttering. Weitere Sprecher waren u.a. die Europaabgeordneten Elmar Brok und David McAllister sowie der Head of Cabinet des Kommissars Johannes Hahn, Michael Karnitschnig. Aus den Westbalkanstaaten nahmen ebenfalls hochrangige Vertreter teil, darunter der kosovarische Innenminister Skender Hyseni, der Vorsitzende der Präsidentschaft Bosnien-Herzegowinas Mladen Ivanić und der mazedonische Außenminister Nikola Poposki. Die Sprecher zeigten sich einig in dem Ziel, den politischen Dialog fortzusetzen und weiterhin gemeinsam in Richtung Europäische Union voran zu schreiten. Diese Bestrebungen werden bereits seit langen Jahren aktiv von der EVP-Fraktion unterstützt und begleitet.

Enge Kooperation in Flüchtlingskrise

Die diesjährige Konferenz stand unter zwei zentralen Themenschwerpunkten: „Good Governance“ und die Kooperation zwischen der EU und dem Balkan im Hinblick auf die Flüchtlingskrise und relevante Sicherheitsaspekte. Zwischen den Sprechern herrschte Einigkeit darüber, dass eine enge Kooperation notwendig sei, um illegale Migration und die damit zusammenhängenden Probleme wie Schleuserkriminalität, effektive Grenzkontrollen und Schutz des Schengenraums zu bewältigen. Nur länderübergreifende und koordinierte Gegenmaßnahmen und eine gegenseitige Solidarität könnten eine erfolgreiche Bewältigung sichern.

Zu Beginn der Konferenz äußerte Joseph Daul, dass der Westbalkan noch immer unter den Fehlern der Vergangenheit leide und nach wie vor viele ungelöste Probleme herrschten. Es sei eindeutig, dass die regio-

EUROPABÜRO BRÜSSEL
 JESSICA KLASSEN
 TINA MERCEP

26. Mai 2016

www.kas.de/bruessel

nale Zusammenarbeit und Anstrengungen im Hinblick auf Good Governance intensiviert werden müssten, so Hans-Gert Pötering. Ihm pflichtete Mikulaš Dzurinda, Präsident des Wilfried Martens Centre bei, der ergänzte, dass die Anwärterkandidaten noch stärker auf die konsequente Erfüllung der Beitrittskriterien achten müssten, um Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen.

Kein Kompromiss in europäischen Werten

Im ersten Themenblock, der eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation des Westbalkans bildete, wurden einerseits die positiven Entwicklungen dargestellt, die derzeit erkennbar sind. Dazu gehören die geplante Einführung eines koordinierten Mechanismus zu EU-Fragen in Bosnien und Herzegowina, der Ausbau rechtsstaatlicher Institutionen in Albanien und angekündigte Visa-Erleichterungen für kosovarische Bürger in die EU. All diese Maßnahmen sind positive Schritte in dem Prozess der europäischen Integration. Die Panel-Teilnehmer waren sich jedoch einig, dass weiterhin bedeutende Problemfelder vorhanden seien. So kritisierte Lulzim Basha, Präsident der Demokratischen Partei Albaniens, dass die albanische Regierung und Verwaltung nicht frei von Verbindungen zu Korruption und organisiertem Verbrechen sei. Das Schreckgespenst der Oligarchie grassiere auch nach über 25 Jahren weiter. Skender Hyseni, kosovarischer Innenminister, machte deutlich, dass die Region sich kein Stagnieren des Prozesses der europäischen Integration erlauben könne. Die Sprecher bewerteten klare Bedingungen für Anreize wie eine NATO-Mitgliedschaft, Visa-Erleichterungen oder Stabilisierungsleistungen als erfolgreiches Instrument zur Förderung der Region. Die gemeinsame Leitlinie heiße also: Keine Kompromisse in den europäischen Werten. Dafür müssten auch diejenigen begeistert werden, die noch skeptisch seien, so Andrej Plenković, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik im Europäischen Parlament. Optimistisch an die Zusammenarbeit heran zu gehen, eine Kompromisskultur zu etablieren und die notwendigen Reformen und Grundlagen zu schaffen sei Christian Preda, Mitglied des

Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, zufolge die Aufgabe der Politiker des Westbalkans. Daneben mahnte Elmar Brok, dass es Voraussetzung zur EU-Mitgliedschaft sei, die regionalen Konflikte bereits im Vorfeld beizulegen.

Balkan kein Parkplatz für Flüchtlinge

Im anschließenden Panel wurde deutlich, dass die Flüchtlingskrise in Form der Balkanroute auch für die Balkanländer massive Implikationen beinhaltet. Sowohl der außerordentliche Botschafter und Bevollmächtigte Montenegros für die EU, als auch der mazedonische Außenminister Nikola Poposki machten deutlich, dass ihre Staaten sich solidarisch zeigen und nachhaltige Lösungen implementieren wollten, jedoch an der Belastungsgrenze lägen und daher auf eine koordinierte Antwort auf die Krise angewiesen seien. Es sei wesentlich, die innere Sicherheit und Stabilität im Balkan zu sichern. Dazu gehöre ein verbesserter Austausch zwischen den nationalen Behörden und bessere Grenzkontrollen. Glücklicherweise zeigen sich bereits erste Erfolge in der Implementierung. Beispielsweise in Serbien seien inzwischen sogar tausende Personen wegen Schleuserkriminalität verurteilt worden. Mit der Migrationskrise gäbe es nun erstrecht zusätzliche Argumente für den Beitrittsprozess. Dem Balkan kommt eine bedeutende sicherheitspolitische und strategische Rolle zu und dessen Ausgrenzung beschwöre nur weitere Probleme herauf. Poposki betonte: „Der Nahe Osten ist nicht weit von Europa entfernt.“

David McAllister erinnerte an den Aufruf des Kommissars Johannes Hahn, dass der Westbalkan kein Parkplatz für Flüchtlinge werden dürfe. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn sei ein zentraler Aspekt eines erweiterten pan-europäischen Ansatzes. Die EU dürfe nicht in eine „Erweiterungsmüdigkeit“ verfallen. Anlass zur Hoffnung gibt etwa die kürzliche Wahl in Serbien, in der die pro-europäischen Kräfte trotz massiver nationalistischer Bestrebungen gewonnen hatten. Dies sei stellvertretend für die überwiegend pro-europäische Orientierung der Bürger des Balkans.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
JESSICA KLASSEN
TINA MERCEP

26. Mai 2016

www.kas.de/bruessel

Europäisches Puzzle ohne Balkan nicht vollständig

Den Balkanstaaten müsse folglich klar die europäische Perspektive garantiert werden, schließlich sei das europäische Puzzle ohne den Balkan nicht vollständig, sagte Michael Karnitschnig. Trotz wichtiger bisheriger Erfolge müssten auch die verbleibenden Baustellen wie Rechtsstaatlichkeit oder Menschen- und Minderheitenrechte angegangen werden, da sonst keine politische Stabilität garantiert werden könne. Nur mithilfe von Reformen könne Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden, die Investitionen anlockt. Gleichzeitig warnte er davor, die Bedeutung und Auswirkungen der Migrationskrise zu unterschätzen. Trotz aller Krisen müsse der Blick jedoch auf den Gemeinsamkeiten liegen.

In allen Staaten des Westbalkans existieren bereits der EVP nahestehende Parteien, die von einer engen Kooperation profitieren können. Angesichts dessen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Staaten der Region Teil der EU werden, ist eine gelungene Zusammenarbeit daher elementar für eine zukunftsfähige europäische Integrationspolitik. Kein Mittel ist besser geeignet, die gewünschten Ziele zu erreichen und die europäischen Werte in den Westbalkan zu tragen, als die europäische Perspektive. Daher ist das Engagement der EVP und der enge Kontakt mit den lokalen Partnern elementar für die gelungene und zeitnahe Integration der Westbalkanstaaten.